Protokollerklärung und Stellungnahme zur Entscheidung des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 (HSK) einschließlich der Steuererhöhung ab 2016 in der Ratssitzung vom 19.08.2015

Der letzte halbwegs ordentliche Haushalt in Havixbeck wurde 2008, also vor der Kommunalwahl 2009, verabschiedet. Damals stand die Haushaltsrede der FDP unter dem **Motto: „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“**. Diesem Rat der FDP sind damals Verwaltung und Ratsmehrheit leider nicht gefolgt. Der Überschuss wurde nicht zur Schuldentilgung verwendet, sondern für zusätzliche Ausgaben.

Und tatsächlich die ersten Probleme kamen schon 2009 mit einem Minus von fast 1,3 Mio., EUR und der Verlust erhöhte sich im Haushaltsplan 2010 auf 2,9 Mio. EUR

Die FDP konnte nicht länger mit ansehen, wie Havixbeck Jahr für Jahr finanziell weiter in die finanzielle Katastrophe geführt wurde. Von diesem Zeitpunkt an hat die FDP keinem Schuldenhaushalt mehr zugestimmt.

Der zwischenzeitlich neu gewählte Bürgermeister verabschiedete in schönster Eintracht mit allen anderen Fraktionen die nächsten Haushalte einschließlich der **Steuererhöhung im Jahre 2012**. Die Warnungen der FDP wurden nicht ernst genommen und der Wille zum Sparen war nicht erkennbar.

Die Gesamtsituation im Gemeinderat bis zum Jahre 2014 könnte man wie folgt beschreiben:

Der Bus in dem wir alle sitzen ist in den letzten Jahren von 2009 bis 2014 **auf den Abgrund zugefahren**. Der Fahrer und sein Beifahrer (Bürgermeister Grohmöller und sein Kämmerer Gottheil) gaben noch Gas. Die Passagiere von den übrigen Ratsfraktionen der CDU, der SPD und den Grünen feuerten die beiden noch an. Nur die kleine Gruppe von der FDP riefen durchweg **„nun bremst doch endlich“**.

Erst nach der Kommunalwahl 2014 im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 war bei den anderen politischen Fraktionen auch die Erkenntnis gereift, dass sich etwas ändern muss, da ansonsten die Gefahr bestand innerhalb der nächsten 2 Jahre, also ab 2017 in die Haushaltssicherung zu geraten.

Der erste Schritt war die Genehmigung des Haushalt 2015 durch alle Fraktionen. Wir hatten es gemeinsam geschafft, **ohne die vom Bürgermeister ab 2015 vorgeschlagene Steuererhöhung mit einem Hebesatz von 630** und ohne einer besonderen Hilfe durch die Verwaltung, einen strukturellen Haushalt aufzustellen der die Grenze von 5,00 % zur Vermeidung der HSK nicht überschreitet. Weiterhin wurde die Verwaltung, unter maßgeblicher Initiative der FDP, mit der gemeinsamen **Erklärung vom April 2015** beauftragt, ein **freiwilliges Haushaltssicherungskonzept** für die nächsten 10 Jahre aufzustellen, in der **keine Steuererhöhungen** vorzusehen sind, aber die **Rückführung der vorhandenen Kassenkredite mit einzuplanen** ist.

Leider hatte keiner der Mitglieder im Gemeinderat damit gerechnet, dass wir **durch handwerkliche Fehler der Verwaltung**, die die Jahre 2012 und 2013 betreffen, **plötzlich**, nach Verabschiedung des Haushaltes 2015 am 23.04.2015, in eine **sofortige unfreiwillige Haushaltssicherung** mit Wirkung **ab dem Jahr 2015** geraten würden.

Nun ist die Selbstverwaltung in Havixbeck der Kontrolle aus Coesfeld unterworfen.

Wir sind zwar nicht mit dem Bus den Abgrund hinuntergestürzt, da die Polizei aus Coesfeld den Bus angehalten hat. Aber es gibt nun ein **Fahrverbot für zehn Jahre**.

Zehn Jahre lang soll nun die Entscheidungsfreiheit eingeschränkt werden.

Dies ist eine lange Zeit, **z u l a n g**, wie wir von der FDP meinen.

Wir von der FDP Fraktion sind bereit nun die Suppe, die uns der Bürgermeister, der Kämmerer eingebrockt hat, mit auszulöffeln, damit wir unsere Selbstverwaltung und Entscheidungsfreiheit wieder zurückerhalten. Jetzt muss es darum gehen, dass wir alle daraus lernen, dass so etwas nie wieder passiert.

In der Haushaltssicherung zu sein, ist keine Ehre für eine Gemeinde.

Deshalb wollen wir aktiv mit daran arbeiten, dass wir noch in dieser Wahlperiode, also bis 2020, aus der Haushaltssicherung herauskommen, mit einer möglichst geringen Belastung für den Bürger.

Die FDP ist auf jeden Fall gegen eine Steuererhöhung ab 2016 und hält diese auch frühestens ab dem Jahre 2018 für denkbar, falls sich die Haushaltssituation in Havixbeck, trotz weiterer Einsparungsbemühungen, ausgelöst durch eine weitere generelle Verschlechterung der Finanzsituation der Kommunen, nicht verbessert.

Die FDP hat dem Bürger versprochen, sich für ein anständiges Haushaltsgebaren einzusetzen. Dieses Versprechen hat die FDP bisher gehalten und möchte dieses auch künftig so halten.

Die Devise für die Zukunft muss sein, dass vieles in Frage gestellt werden muss, was in früheren Jahre selbstverständlich war, damit es zu weiteren Einsparungen in den künftigen Haushalten insbesondere in den nächsten 2 Jahre kommt und wir zu einem späteren Zeitpunkt auch in der Lage sind, unsere alten Schulden, insbesondere unsere Kassenkredite zurückzuführen sowie die Dispolinie abzuschmelzen.

Künftige laufende Ausgaben in einem Haushaltsjahr, die keine Investitionen sind, müssen umfänglich durch Einnahmen gedeckt sein. Somit können wir die Aufnahme weiterer neuer kurzfristiger Dispokredite vermeiden.

Mit dem vorliegenden Einsparungskonzept zum HSK 2015, das wir heute verabschieden müssen, weil dieses bis zum 31.08.2015 dem Kreis Coesfeld vorliegen muss, sind einige befriedigende Ansätze zur Einsparung vorhanden. Leider erfolgte auch hier immer wieder die Einzelentscheidung bei den Mehrheitsfraktionen nach dem alten **Mustern**, „**die anstehende Steuererhöhung erfordert ja keine Einsparungsanstrengungen**“.

Diese Vorgehensweise ist nicht richtig und wir denken, auch nicht im Sinne der Bürger.

Nun wurden dem Gemeinderat im Rahmen der Erstellung des HSK 2015 bis 2025, durch die aktuellen Prognosen der Hochrechnungen des Landes NRW bei der Erstellung und

Genehmigung des HSK allerdings neue Steine in den Weg gelegt.

Die Schlüsselzuweisungen des Landes werden gesenkt. Der Grund ist, dass die Steuereinnahmen der Gemeinde Havixbeck in den letzten Jahren gestiegen sind.

Hätte dies die Verwaltung unter Führung des Bürgermeisters nicht schon frühzeitiger erkennen müssen ?

Sollte die Steigerung der Aufwendungen und das Fallen der Einnahmen, nach den heutigen Erkenntnissen, im Laufe dieser Wahlperiode bis 2020 so anhalten, so wissen wir auch, dass diese nicht alleine nur durch Einsparungen aufgefangen werden können.

Die **FDP Fraktion**, hat **grundsätzlich** immer **gegen eine Steuererhöhung** gekämpft.

Wir müssen aber an dieser Stelle sagen, **ja eine Steuererhöhung** muss als **letztes Mittel** und **als eine finale Möglichkeit bis zum Jahre 2020 eingeplant werden**, damit wir aus der Haushaltssicherung wieder herauskommen.

Aber an erster Stelle muss die Erkennung und Durchführung weiterer Einsparungen in den Jahren 2016 und 2017 sein. Erst dann darf es zu Steuererhöhung insbesondere bei Grundsteuer A und B kommen. Es muss dem Bürger unter Nennung der Gründe auch klar gesagt werden, wo für eine Steuererhöhung verwandt wird und diese muss so gering wie möglich sein. **Eine Bürgertäuschung darf es nicht geben.**

Dies bedeutet nicht gleichzeitig, dass ein **Vorratsbeschluss für eine Steuererhöhung für das Jahre 2018** auch tatsächlich umgesetzt werden muss, da alle Vorgaben auf Prognosen gestützt sind. **Nur für den Kreis Coesfeld ist im HSK 2015 diese Möglichkeit** offen zu halten und deshalb muss sie dort **berücksichtigt werden.**

Leider konnten sich die **anderen Fraktionen mit dem Szenario Nr. 6 im HSK 2015 nicht anfreunden** und sind weitgehend dem alten Vorschlag des Bürgermeisters aus den Haushaltsberatungen 2015 gefolgt, so früh wie möglich eine Steuererhöhung vorzunehmen. Nun kommt die beschlossene Steuererhöhung schon ab dem Jahr 2016.

Die Möglichkeit der Nutzung der **besseren Vorteile des Szenarios 6 gegenüber den anderen Szenarien** wurden nicht wahrgenommen.

Diese besseren Vorteile sind:

- Steuererhöhung **frühesten** im Jahre **2018**
- Ausgeglichener Haushalt **bereits** im Jahre **2019** mit einem guten **Überschuss von T€ 319**
- **Ende** der Haushaltssicherung (HSK) im Jahre **2019**
- **Geringste Erhöhung** des Hebesatzes **am Anfang auf 650** und erst im Jahre **2018**
- **Leichte Steigerung** im Jahre 2019 **auf 760**
- **Verwendung** des **höheren Überschusses** zur **Schuldentilgung bereits** ab dem Jahre **2020**
- Am **Ende des Haushaltssicherungskonzeptes** im Jahr **2025** steht **noch** ein befriedigender **Überschuss.**

- **Keine Verschiebung** von **Entscheidungen** in **nächste Wahlperiode**, deshalb Bürgerfreundlich
- **Vermarktungsvorteile** bei Verkauf von Grundstücken, da **die bisherigen Hebesätze bis zum Jahr 2018 bleiben**, mit der Möglichkeit sie dann der Situation anzupassen.

Deshalb ist die FDP aktuell weiterhin strikt gegen eine Steuererhöhung schon ab dem Jahr 2016 oder 2017, da diese heute noch nicht erforderlich ist und deshalb auch nicht beschlossen werden durfte. Weiterhin ist eine Steuererhöhung bisher noch nie rückgängig gemacht worden, weil der weitere Einsparungswille, naturgemäß, danach nicht mehr gegeben ist.

Wir wollten von dem **alten Muster** herunter, **wenn kein Geld mehr da ist, wird durch eine Steuererhöhung** oder durch eine **Inanspruchnahme des Dispokredites** einfach **frisches Geld ins System gepumpt** und so weiter gemacht wie bisher.

So haben wir uns den Neubeginn nicht vorgestellt und viele Bürger auch nicht.

Havixbeck braucht aber einen Neubeginn und keine Steuererhöhung ab 2016.

Der Neubeginn sollte in der Verwaltungsführung beginnen.

Für die FDP Fraktion

Friedbernd Krotoszynski

FDP Fraktionvorsitzender